Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet 1877 — „Aus den Tannen" — Fernsprecher Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.40 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfg. Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 90 | Altensteig Dienstag den 20. April | 1926

Zwei Ministerreden.

Dr. Luther über die Aufgaben der deutschen Kultur

München, 19. April. Bei dem Empfang im Hause des Ministerpräsidenten Dr. Held hielt der Reichskanzler Dr. Luther folgende Rede:

Das Wort, daß im Norden der Kopf Deutschlands und im Süden das Herz Deutschlands sei, sei gewiß eine Uebertreibung, aber so sehr das Wort von der Mainlinie verschwinden müsse, so sehr sei es Tatsache, daß beim Ueberschreiten des großen Bergriegels, durch den Deutschland getrennt werde, die Beobachtung gemacht werden könne, daß zwar der Norden wirtschaftlich und organisatorisch stärker hervortrete, daß aber im Süden die Kulturströmungen besonders stark hervortreten.

Der Reichskanzler setzte dann des näheren auseinander, was er eigentlich unter Kultur verstehe und würdigte dabei die besondere Bedeutung des deutschen Südens in bezug auf die Kultur. Eine Gefahrenquelle, die für jeden Menschen freilich auch vorhanden sein möge, sei die, daß man sich zu sehr allein dem kulturellen Leben hingebe. Das gelte nicht so sehr von der Volkskultur im allgemeinen, sondern es gelte vielleicht mehr für verfeinerte Naturen, die der Gefahr ausgesetzt seien, sich allzusehr ins kulturelle Erleben zu versenken und so vielleicht zu einer Verwirklichung des alten Wortes beitrügen, die Deutschen seien ein Volk der Dichter und Denker. Das politische Zusammenfassen unseres gesamten Volkslebens sei die eigentliche Aufgabe jeder deutschen Kultur. Gerade darin drücke sich auch das erste Bekenntnis zu unserer Kultur aus. Wir alle müßten, daß gerade in der außenpolitischen Lage, in der wir uns befänden, alles darauf ankomme, daß alle inneren Kräfte, alle lebendigen und starken Kräfte genügend entfaltet würden. Nur die vollständige Ausnützung der inneren Kräfte könne uns wieder zur außenpolitischen Geltung verhelfen. Die Länder als Träger deutscher Volkskultur hätten ganz besonders große Leistungen vollbracht. Er stehe nicht an, als deutscher Reichskanzler hier auszusprechen, daß das Schwergewicht der kulturellen Entwicklung da, wo es bisher war, bleiben müsse und bleiben solle: bei den Ländern, daß aber alles kulturelle Streben dem einen Ziel dienstbar gemacht werden müsse, daß alle Kräfte unter Ausnützung jeder lebendigen Möglichkeit zusammengefaßt werden müßten, um ein starkes in sich geschlossenes deutsches Volk und Deutsches Reich darzustellen, das sich behaupten könne in der Welt und das die Bahn finde, um aus den jetzigen Zuständen wieder emporzuwachsen zu jener Freiheit, zu jener Macht, auf die wir ein natürliches Anrecht hätten.

*

Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage

Stuttgart, 19. April. In der am Sonntag abgehaltenen öffentlichen Landesversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs sprach der Reichstagsabgeordnete Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben über die weltpolitische Lage, in der sich Deutschland nach Genf befindet, wobei Redner die Vorgänge in Genf und die tatsächliche Rolle, welche die deutsche Vertretung dort gespielt hat, näher beleuchtete. Eine Ergänzung zu seinen Ausführungen bildete eine Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, der die Rückreise aus seinem Erholungsurlaub in Stuttgart unterbrochen hatte, um dem Parteitag beizuwohnen. Dr. Stresemann führte dabei u. a. aus:

Nachdem Deutschland bereits bei den Verhandlungen über den Versailler Vertrag den Eintritt in den Völkerbund gefordert hatte, dabei aber auf eine völlige Ablehnung gestoßen sei, sei es von da ab selbstverständlich gewesen, in dieser Frage die Initiative des Völkerbundes abzuwarten. Als dann später von Macdonald die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund wieder aufgeworfen wurde, seien von der verantwortlichen deutschen Stelle als Grundsätze für diesen Eintritt die **Anerkennung Deutschlands als Großmacht, das Recht Deutschlands auf Verwaltung von Kolonien** aufgestellt und als weitere Voraussetzung verlangt worden, **daß der Eintritt keinerlei Anerkennung der Schuld Deutschlands am Weltkrieg bedeuten dürfe.** Diese Grundsätze bestünden bis heute unverändert fort. Darüber konnte jedoch von Anfang an kein Zweifel bestehen, daß es für Deutschland notwendig sei, im Völkerbunde als der Interessenvertretung der meisten maßgebenden Staaten auch die deutschen Interessen gelten machen zu können. Wenn von gewissen Kreisen in Deutschland der Völkerbund als ein Bund der Gegner Deutschlands bezeichnet werde, so müßten sich diese Kreise doch darüber klar sein, daß selbst, wenn es nur Gegner wären, was ja nicht der Fall sei, Deutschland erst recht vertreten sein müsse, um jederzeit seine berechtigten Interessen wenigstens öffentlich der Welt kundzutun. Hätten wir im Völkerbund nur Freunde Deutschlands, dann brauchten wir allerdings nicht Mitglied werden. Was die Frage der **allgemeinen Abrüstung** anbelange, so stünden dieser zweifellos die stärksten Widerstände gegenüber; denn kein Generalstab werde für eine Abrüstung zu gewinnen sein, was man rein militärischen Stellen nicht einmal übelnehmen könne.

Zu den **Verhandlungen in Genf** führte der Reichsaußenminister aus, daß die Kritik in Deutschland häufig von der völlig falschen Einstellung ausgehe, als ob es sich lediglich um Auseinandersetzungen für oder gegen eine Zulassung Deutschlands gehandelt hätte. Man müsse daran erinnern, daß selbst Brasilien nicht grundsätzlich gegen den Eintritt Deutschlands gewesen sei. Die Komplikationen rührten vielmehr in erster Linie daher, daß neben dem Problem der Zulassung Deutschlands so und so viele andere Probleme in die Verhandlungen hineingeworfen wurden, die einen Erfolg der Genfer Tagung unmöglich machten. Wenn man der deutschen Außenpolitik den Vorwurf gemacht habe, sie habe in Locarno Ostinteressen preisgegeben, so beweise die Forderung Polens auf Kompensationen für Locarno das Gegenteil, und wenn man der Außenpolitik weiter vorwerfe, daß sie mit dem Eintritt in die Studienkommission wieder in denselben Fehler verfalle, wie mit dem Gang nach Genf, so müsse man bedenken, daß Deutschland in Genf die Forderung aufgestellt habe, daß die Konstitution des Völkerbundes vor dem Eintrit Deutschlands nicht ohne Zustimmung Deutschlands geändert werden dürfe; so sei die Mitarbeit Deutschlands in der Studienkommission nur die gerade Fortsetzung der Grundsätze, die Deutschland in Genf und vor Genf verfochten habe. Briand habe die „moralische Aufnahme" Deutschlands in den Völkerbund festgestellt und als Außenminister lege der Redner größten Wert darauf, festzustellen, **daß für die am Rheinpakt beteiligten Mächte die Situation derart sei, als ob Deutschland dem Völkerbund bereits angehöre.**

Vergeblich habe Deutschland aber auf die versprochenen Erleichterungen der Besatzung am Rhein gewartet. Diese moralische Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund müsse auch für die Pariser Luftfahrtverhandlungen ausschlaggebend sein. Leider trete immer wieder die Angst der fremden Militärs zutage, und es sei wirklich keine ernst zu nehmende Einstellung mehr, wenn man im Auslande glaube, daß ein Dutzend in Fliegen ausgebildeter Reichswehroffiziere eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellen könnten. Wenn in Locarno in Wirklichkeit auf militärische Auseinandersetzungen verzichtet wurde, und zwar gegenseitig, so sei damit die Aufrechterhaltung der Besetzung deutschen Landes nicht vereinbar.

Der Außenminister ging sodann auf die **deutsch-russischen Vertragsverhandlungen** ein und führte hierzu folgendes aus: Es ist für mich sehr schwer, über Vertragsverhandlungen zu sprechen, die noch in der Schwebe sind, über einen Vertrag, der weder paraphiert noch abgeschlossen ist. Der Vorwurf, daß die deutsche Reichsregierung über diese Vertragsverhandlungen die ausländische Presse zuerst informiert hätte, ist völlig abwegig. Eine solche Information ist selbstverständlich nicht erfolgt, wohl aber eine Information derjenigen Mächte, die mit uns den Rheinlandpakt geschlossen haben. Wir hielten es für richtig, diejenigen, mit denen wir in anderen politischen Grundfragen uns vereinigt hatten, auch über diese Verhandlungen auf dem laufenden zu halten, ein System, dessen Gegenseitigkeit sich durchaus empfehlen würde.

Wer die Vertragsverhandlungen mit Rußland als eine Abkehr von der Locarnopolitik ansieht, verkennt den Grundgedanken dieser Politik. Die Verträge von Locarno bezweckten die Friedenssicherung in Europa. Sie hatten keinen aggressiven Charakter gegen irgendeine Macht. Wenn die russische Psychologie lange Zeit darauf eingestellt war, in den Verträgen von Locarno eine Art Kreuzzug gegen Rußland zu sehen, so darf darauf hingewiesen werden, daß diese Auffassung bei den Aussprachen in Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde ebenso zurückgewiesen worden ist wie von unserer Seite. Wenn Deutschland mit Rußland Vertragsverhandlungen führt, die für beide Mächte darauf hinausgehen, sich einer aggressiven Handlung gegen einen der beiden Staaten nicht anzuschließen und im übrigen in wirtschaftlich freundschaftlichen und beiderseits vorteilhaften Verhältnissen zu bleiben, so ist das ein Grundgedanke, den auch andere Staaten ihrem Verhältnis zu Rußland zugrunde gelegt haben. Unsere Politik muß darauf eingestellt sein, **unter Anerkennung deutscher Gleichberechtigung eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen und auf der Grundlage des Friedens Deutschlands Entwicklung zu sichern.** Wenn die Verträge mit Rußland zum Abschluß kommen, so werden sie die natürliche Ergänzung zu Locarno sein, um diesen obersten Grundgedanken der deutschen Außenpolitik erneut zum Ausdruck zu bringen. Der Vortrag folgte stürmischer Beifall.

Neues vom Tage.

Das Schicksal der Mills-Bill

Neuyork, 19. April. Nach Auffassung hiesiger unterrichteter Kreise haben sich die Aussichten für den Gesetzentwurf betreffend Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums durch die Erklärung Mills, der dem Gesetz seine Unterstützung entziehen will, zwar nicht verbessert, immerhin liegt aber auch kein Grund vor, die Hoffnung aufzugeben, da die Stellungnahme Mills lediglich auf persönliche Motive zurückzuführen ist.

Die Vertagung des amerikanischen Freigabegesetzes

Berlin, 19. April. In Berliner Bank- und Börsenkreisen hat, wie die „B. Z." zu melden weiß, die Nachricht über die Wahrscheinlichkeit einer Vertagung des Freigabegesetzes neue schwere Enttäuschungen hervorgerufen. Man hofft, daß Präsident Coolidge demnächst authentische Erklärungen über das weitere Schicksal der Bill abgeben wird. Wie wir hierzu an zuständiger Stelle erfahren, hält man es für unangebracht, auf Grund der letzten Neuyorker Meldungen über den Stand der Freigabefrage allzu pessimistisch in die Zukunft zu sehen.

Argentiniens Rückkehr zum Völkerbund

Paris, 19. April. Der argentinische Delegierte im Finanzkomitee des Völkerbundes, Salvador Oria, ist in Paris angekommen. Er ist vom Staatspräsidenten beauftragt, in Genf die Bedingungen für den Wiedereintritt Argentiniens in den Völkerbund zu prüfen. Er hat gestern auf Anfrage erklärt, es sei ihm nicht möglich, anzugeben, wann die argentinische Regierung ihr Wiedereintrittsgesuch stellen werde; das werde vor allem vom Ausgang des gegenwärtigen Kampfes zwischen den beiden Fraktionen der argentinischen Radikalen Partei abhängen.

Die Locarnomächte und die deutsch-russischen Verhandlungen

London, 19. April. Die „Times" schreiben, daß Chamberlain in Berlin durch den englischen Botschafter und außerdem durch den deutschen Botschafter in London hat wissen lassen, daß die Auffassung des Auswärtigen Amtes in London über die Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion nicht ungünstig sei. Das Vorgehen der deutschen Regierung, die die Signatarmächte von Locarno über ihre Absicht einer Verständigung mit der Sowjetunion unterrichtet habe, werde sehr begrüßt, und man sei der Ueberzeugung, daß nach Bekanntwerden des Textes des neuen Vertrages die von Berlin gegebenen Versicherungen bestätigt würden, nach denen der Vertrag in das Vertragswerk von Locarno und die Satzungen des Völkerbundes hineinpasse. Diese Ansicht der englischen Regierung sei auch den übrigen Unterzeichnern der Locarnoverträge auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege mitgeteilt worden. Die „Times" fügen hinzu, die Tatsache der Nichtinkraftsetzung der Locarnoverträge habe die Lage allerdings kompliziert. In Prag und Warschau habe man einige Zweifel über die Bedeutung des neuen deutsch-russischen Vertrages und Benesch habe schon die Aufmerksamkeit in der englischen, französischen und italienischen Regierung auf die Notwendigkeit einer Erörterung der Bedeutung des neuen Vertrages im Zusammenhang mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hingewiesen. Dr. Benesch habe einen Fragebogen aufgestellt und den Signatarmächten von Locarno einschließlich Deutschland übermittelt.

Diplomatischer Schritt Amerikas in der Abrüstungsfrage

London, 19. April. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: In der letzten Woche hatten einige Regierungen, die wegen der Absage Rußlands für Aufschub der Abrüstungskonferenz sind, einen Ausweg erdacht, wonach die Kommission am 18. Mai zusammentritt, aber nach einem Meinungsaustausch beschließen sollte, die Ausarbeitung eines detaillierten Programmes an den Ständigen beratenden Rüstungsausschuß des Völkerbundes zu verweisen, zu dem Vertreter der amerikanischen und der deutschen Regierung eingeladen werden sollten. Das Weiße Haus und das amerikanische Staatsdepartement sehen aber darin einen neuen Versuch, die Stellung Amerikas zum Völkerbund zu gefährden durch Hineinziehen amerikanischer Vertreter in ständige Organe des Bundes.

Die Besprechungen mit den Rifdelegierten

Paris, 19. April. Nach der Rückkehr der französischen und spanischen Delegation nach Udjda wurde folgender offizieller Bericht ausgegeben: Die französischen und spanischen Delegierten haben mit den Vertretern des Rifs eine Zusammenkunft gehabt. Diese vorbereitenden Besprechung hatte zum Ziel, festzustellen, in welchem Maße die bereits angekündigten Bedingungen als Basis für die Verhandlungen dienen können. Dieser Meinungsaustausch hat die Rifleute veranlaßt, um die Möglichkeit zu bitten, sich mit den Rifs in Verbindung zu setzen. Dieser Wunsch wurde ihnen sofort gewährt. Die Rifvertreter können sich im Flugzeug in das Rifgebiet begeben. Nach ihrer Rückkehr werden die vorbereitenden Besprechungen wieder aufgenommen.

Politischer Mord in Warschau

Warschau, 19. April. Der ehemalige Finanzminister und Präsident des polnischen Postsparkassenamtes, Hubert Linde, gegen den vor dem Warschauer Bezirksgericht ein Strafverfahren stattfindet, wurde Samstag beim Verlassen des Gerichtsgebäudes von einem Soldaten ermordet. Linde sank von mehreren Revolverkugeln durchbohrt, sofort tot zu Boden. Der Attentäter stellte sich sofort der Polizei und erklärte, daß er Linde ermordet habe, weil er der Ueberzeugung sei, daß Linde dem polnischen Staat einen gewaltigen Schaden durch die Unterschlagungen verursacht habe und nach den Ausführungen der Verteidiger wahrscheinlich freigesprochen worden wäre.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wettersturz in Italien

Rom, 19. April. In Palermo hat heute nacht ein heftiger Sturm eingesetzt, der die Temperatur auf den Winterstand herabdrückte und vielen Schaden anrichtete. Die Kälte dauert an.

Die amerikanische Note an den Völkerbund

Washington, 19. April. Staatssekretär Kellog erklärte in seiner Note an den Gesandten der Ver. Staaten in Bern, er sei der Ansicht, „daß es bedauerlich wäre, wenn der Völkerbundsrat irgend etwas tun würde, das den Eindruck erweckt, daß größere Schwierigkeiten einem direkten Meinungsaustausch mit den verschiedenen Signatarmächten im Wege stehen und erklärt dann, die amerikanische Regierung sei nicht der Ansicht, daß irgend eine neue Vereinbarung notwendig sei, um den Bedingungen und Vorbehalten Wirkung zu verleihen, auf Grund deren die Ver. Staaten bereit sind, dem ständigen Gerichtshof beizutreten.

Tschangtsolin fordert die Abberufung Karachans

Paris, 19. April. Nach einer Meldung des „Neuyork Herald" aus Peking fordern Tschangtsolin und seine Generäle die sofortige **Abberufung des Sowjetbotschafters Karachan.** Andernfalls drohten sie, ihn wegen seiner Umtriebe zugunsten des Kommunismus und zwar durch Ueberschreiten der ihm zustehenden Autorität zu verhaften.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 20. April 1926.

Der Gemeinderat. Für Gemeinderatsmitglieder, aber auch für jeden einfachen Bürger, der wissen will, wie es in der Gemeinde bestellt sein soll, welches seine Rechten und Pflichten sind und wieweit die Rechte und Pflichten der öffentlichen Gewalten gehen, ist soeben ein, in dritter verbesserter Auflage und auf den neuesten gesetzlichen Stand ergänztes Buch erschienen, das höchste Beachtung verdient. Es führt den Titel „Der Gemeinderat in Württemberg" und enthält auf 180 Seiten in einem soliden Ganzleinenband nicht nur den vollständigen Text der Gemeindeordnung, sondern auch eine gemeinverständliche Bearbeitung des ganzen Gebiets der Gemeindeverwaltung. Erhältlich in der W. Riekerschen Buchhandlung Altensteig.

Vom Radfahrer-Verein Altensteig. Der Radfahrer-Verein beabsichtigt am 2. Mai einen Familienausflug per Auto nach Schwarzenbach, Baden-Baden, Herrenalb, Wildbad zu machen. Näheres in der Freitag-Nummer ds Bl.

— **Süddeutschlandflug 1926.** Der vom 31. Mai bis 6. Juni stattfindende Süddeutschlandflug ist ein Zuverlässigkeitswettbewerb für Sportflugzeuge. Die daran teilnehmenden Flugzeuge werden in der Zeit vom 31. Mai bis 4. Juni einer technisch-wissenschaftlichen Leistungsprüfung unterzogen. Anschließend findet am 5. und 6. Juni ein großer Streckenflug statt. Die Flugzeuge berühren von Mannheim ausgehend voraussichtlich die folgenden Städte: Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg, Villingen, Konstanz, Friedrichshafen, Lindau, München, Ulm, Stuttgart-Böblingen, Mergentheim, Nürnberg, Würzburg, Frankfurt a. M., Darmstadt. An den gleichen Tagen findet auf dem Mannheimer Flugplatz lokale Flugvorführungen statt.

— **Der Erholungsurlaub der württ. Beamten 1926.** Nach einer Bekanntmachung des Staatsministeriums gelten die für das letzte Jahr erlassenen Bestimmungen über den Erholungsurlaub der Beamten auch für das Rechnungsjahr 1926. Die Urlaubsdauer richtet sich nach dem Lebensjahr das der Beamte im Rechnungsjahr 1926 voll endet, auch wenn er den Urlaub früher antritt.

—r. **Zwerenberg,** 19. April. Der hiesige Gesangverein gab gestern nachmittag seinen Mitgliedern und den zahlreichen, auch von auswärts erschienenen Freunden der Musik im „Ochsen" einen seltenen Genuß. Im ersten Teil haben sich Männerchor und Gemischter Chor mit einigen schönen Liedern hören lassen; auch in Einzeldarbietungen zeigten Freunde der Musik in Klavier-, Violin-Vorträgen und Einzelgesang schöne Proben ihres Könnens. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildeten jedoch die Altniederländischen Volkslieder von Kremser, die ganz vortrefflich gelungen sind. Es war sicher keine kleine Aufgabe, die der Verein sich gestellt und durchgeführt. Die Chöre wurden sehr präzis und mit guter Stimmbildung und schöner Aussprache vorgetragen. Die nicht leichte Klavierbegleitung hatte Frau Fabrikant Schmolk aus Pforzheim in dankenswerter Weise sicher und anschmiegend durchgeführt. Den die einzelnen Stücke verbindenden Text sprach Frau Hauptlehrer Müller ausdrucksvoll und warm. Der Hauptanteil am Ganzen, sowohl in der Vorbereitung wie in der Ausführung (er hatte die Tenor- und Baritonsoli ebenfalls übernommen) gebührt jedoch dem Dirigenten des Vereins, Hauptlehrer Müller, ihm sei neben seinen Sängern und den übrigen Mitwirkenden herzlicher Dank gesagt für den genußreichen Nachmittag. Er hat keine Mühe gescheut, die zum Teil recht schwierigen Chöre trefflich einzuüben und sie zu schönem Vortrag zu bringen. Möge der Verein bald wieder von sich hören lassen!

Freudenstadt, 19. April. (Eingemeindungsfeier.) Nachdem am 1. April die Eingemeindung von Zwieselberg nach Freudenstadt rechtskräftig geworden ist, fand am Samstag nachmittag auch eine Eingemeindungsfeier in Zwieselberg statt, wobei sich die Gemeindevertreter von Zwieselberg und Freudenstadt, aber auch diejenigen von Reinerzau einfanden; letztere um Abschied von ihrer Schwestergemeinde Zwieselberg zu nehmen. Ein Festmahl im „Hirsch" versammelte die Teilnehmer der Feier, bei welcher zunächst Schultheiß Armbruster von Reinerzau Abschied von Zwieselberg nahm, das seit Jahrhunderten zur Gemeinde Reinerzau gehört hat, nun aber an das schönere und größere Freudenstadt übergeht, von dem es sich manche Vorteile erhofft. Stadtschultheiß Blaicher aus Freudenstadt begrüßte die Reinerzauer Gemeinderäte mit ihrem Schultheißen, sowie die Teilgemeinderäte von Zwieselberg mit ihrem Anwalt. Er hielt einen geschichtlichen Rückblick über Zwieselberg und die Beziehungen zu Freudenstadt, die sich immer enger gestalteten, bis sie jetzt zu einer Verbindung mit Freudenstadt reiften. Anwalt Schmid von Zwieselberg, der 35 Jahre sein Amt versieht, nahm ebenfalls das Wort und betonte besonders seinen Wunsch auf Arbeit für die Zwieselberger. Mit gegenseitigen Wünschen schlossen die Redner ihre Ausführungen und die Eingemeindungsfeier, die einen gemütlichen Verlauf und Abschluß fand.

Neuenbürg, 19. April. Hier fand gestern eine machtvolle Kundgebung des Haus- und Grundbesitzervereins gegen die Steuerbelastung des Hausbesitzes statt. Aus Stadt und Bezirk waren die Hausbesitzer zusammengekommen, sodaß die Räume im „Bären" dicht besetzt waren. Nach einem von Gemeinderat Beller gehaltenen Referat und einer Aussprache fand nachfolgende Resolution einstimmig Annahme: „Die am 18. April 1926 im Gasthof zum „Bären" in Neuenbürg a. d. E. überaus stark besuchte Protestversammlung der Hausbesitzer des Bezirks Neuenbürg stellt sich einstimmig hinter die am 21. Februar in Stuttgart im Siglehaus vom organisierten Hausbesitz aufgestellten Forderungen. Sie erhebt außerdem schärfsten Einspruch gegen die unerhörte steuerliche Belastung der Hausbesitzer, insbesondere gegen die Gebäudeentschuldungssteuer, die den Hausbesitz und die Wirtschaft in rasender Schnelligkeit dem Ruin entgegen führt. Wir fordern mit allem Nachdruck die Beseitigung der Gebäudeentschuldungssteuer, größte Sparsamkeit im Staate und Gemeindehaushalt, beschleunigten Abbau der Wohnungszwangswirtschaft." — Die Entrüstung über die dem Hausbesitz auferlegte Steuerlast war derart groß, daß einem Vorschlag zugestimmt wurde, eine Demonstration vor dem Oberamt zu veranstalten und dem Bezirksvorstand dieselbe Resolution zur Kenntnisnahme zu überreichen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde diese Demonstration in aller Ordnung ausgeführt, sie konnte aber in Abwesenheit des Bezirksvorstandes nur dem Hausmeister zur Weiterleitung übergeben werden.

Sulz, 18. April. Am letzten Donnerstag fuhr ein Landwirt von Bickelsberg mit einem Wagen Streu gegen den Ort. Ihm kam aus der Richtung Oberndorf ein Personenauto in scharfem Tempo entgegen. Das sonst ruhige Pferd des Landwirts, ein 3jähriger Wallache, scheute im letzten Augenblick und riß nach der linken Seite hin. Im selben Augenblick sauste das Auto heran, das Pferd wurde am Kopf erfaßt, förmlich vom Wagen weggerissen und einige Meter weit geschleift, wobei ihm das rechte hintere Bein abgerissen wurde, sodaß das wertvolle Tier sofort getötet werden mußte.

Sulz, 18. April. Letzte Woche gab es hier eine kleine Jagd auf einen Einbrecher. Der 26 Jahre alte, übel beleumundete und wiederholt vorbestrafte Joseph Roth von Priorberg sollte durch den Landjäger aus Dettingen wegen eines erneuten schweren Diebstahls festgenommen werden. Roth wußte sich aber der Festnahme zu entziehen. Unter den Arbeitern im Steinbruch an der Hopfauer Straße wurde aber die Anwesenheit des Roth festgestellt. Einige Landjäger vom Stationskommando Sulz unterstützten den hohenzollernschen Kollegen; sie umstellten den Steinbruch unauffällig und so, daß es kein Entrinnen mehr gab. Roth wurde alsdann festgenommen und gefesselt an das Amtsgericht Haigerloch eingeliefert.

Salzstetten, OA. Horb, 17. April. Durch Entschluß der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ist Schultheiß Hug auf Ansuchen nach mehr als 32jähriger Dienstzeit in den bleibenden Ruhestand versetzt worden. Vom Oberamt wurde ihm in einem herzlich gehaltenen Handschreiben des Oberamtsvorstandes für seine langjährigen treuen und wertvollen Dienste sowohl als Ortsvorsteher wie auch als Mitglied der Amtsversammlung namens der Bezirksverwaltung volle Anerkennung und Dank ausgesprochen.

Rottweil, 18. April. (Eine Todesfahrt.) Der 25 Jahre alte verheiratete Fritz Ettwein ist auf dem Wege nach Rottweil tödlich verunglückt. Er fuhr mit seinem Fahrrad mit großer Wucht in ein Fuhrwerk hinein und erlitt so schwere Verletzungen, daß er alsbald starb.

Rottweil, 18. April. (Stadtpark.) Den Bemühungen der Stadtverwaltung ist es gelungen, durch günstigen Ankauf des sogen. Duttenhoferageländes, das einen Umfang von etwa 100 württembergischen Morgen hat, wertvollen Baugrund in der nächsten Stadtnähe zu erwerben. Ein Teil des Neubesitzes soll als Stadtpark der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden.

Schwenningen, 18. April. (Rathauserweiterung.) Der Gemeinderat bewilligte 200 000 Mk. für den Umbau bezw. die Erweiterung des Rathauses und zwar als ersten Bauteil. Die Gesamtkosten sind auf 300 000 Mk. veranschlagt.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Beontine v. Winterfeld.

Copyright by Greiner & Co., Berlin W. 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

25. Fortsetzung.

„Ich denke doch, Großmutter. Ich habe ihn jetzt lange nicht mehr so in Ruhe gehabt, wegen des Jungen, weißt du. Da aß ich auch immer oben, weil Frida noch fort ist."

Großmutter wiegte leise den alten Kopf. Das tat sie immer, wenn sie unzufrieden war.

„Das ist nicht richtig, Kind, ganz und gar nicht. Zuerst bist du deines Mannes Frau geworden, dann erst Mutter deines Kindes. Du darfst nicht vergessen, daß die, die er geheiratet hat, ihn mehr liebt als alles in der Welt."

„Das weiß er ja, Großmutter, denn das ist selbstverständlich. Jetzt mußte doch der Junge Hauptsache sein, weil er krank war. Du hättest es ebenso gemacht, Großmutter."

Großmutter nickte.

„Ich habe es ebenso gemacht, Kind. Und das war mein Fehler. Das ist der größte Fehler aller Frauen in ihrer Ehe. Ich dachte, du würdest weiser sein, als ich war, Kind."

Lies stand auf. Es lag wie Stolz in ihren Worten, als sie jetzt von der Großmutter zum alten Oelbilde des Großvaters hinübersah:

„Knut billigt mein Tun voll und ganz. Er versteht so durchaus meine Sorge um unser Kind. Nun wird's ja auch, wills Gott, bald anders, wenn Frida wieder kommt und der Junge gesund ist. Aber gute Nacht, Großmutter, es ist spät."

Leise küßte sie die alte Frau auf die Stirn und ging aus dem Zimmer.

Von unten kam Knut gerade die Treppe herauf.

„Ach Lies, ich wollte gerade zu dir. Kommst du nicht noch ein bißchen mit an die Dünen? Ellen und ich wollen noch mal an Meer unter die Buchen, weißt du, der Mond ist gerade aufgegangen, es ist solch wunderschöner Abend."

Er war warm geworden beim Spiel und seine Augen leuchteten. So recht froh, wie einer, den eben die Kunst erquickt.

„Komm mit, Liebling," bettelte er, — so direkt von Beethoven hinein in den Mondschein. Ja?"

Sie hatte die Hand ausgestreckt nach ihm und wollte ja sagen. Denn ihre Seele hatte unendliche Sehnsucht nach ihr.

Da schrie von drüben der Junge. Erschreckt fuhr sie zusammen.

„Ulli schreit. Geh nur mit Ellen, Knut, — ich muß nach ihm sehen. Nachher kommst du doch noch, mir gute Nacht sagen?"

Damit war sie schon im Kinderzimmer verschwunden.

Kapitel 11.

Wie rot der Mond aufging über der silbernen See. Wie die Buchen raunten im Nachtwind. Gleichmäßig, eintönig rauschten die Wellen an den weißen Strand. Mit dem uralten Ton, wie einst in den ersten Schöpfungstagen.

Knut Rainer stand an der alten Steinbank, die Arme gekreuzt, und starrte aufs weite Wasser. Wie das schwillte und wogte, glitt und brandete! Wie uralte, aufsteigende und doch immer wieder zurückgedämmte Sehnsucht.

Knut Rainer stand allein. Ellen war schon zurückgegangen zu Lies. In ihm war etwas, das sich heute nicht zur Ruhe bringen ließ. Heute nicht. Er hatte es die ganzen letzten Tage schon zur Ruhe bringen müssen.

Warum tat Lies das? Warum ließ sie ihn so allein gehen? Warum mußte sie ihm diesen kurzen, schönen Urlaub so vergällen? Auf den er sich so unendlich gefreut hatte. Gefreut wegen des ungestörten, stillen Zusammenseins mit ihr. Herrgott ja, der Junge war krank gewesen, da war ihre Aufregung und Sorge ja begreiflich gewesen.

Aber nun, wo er wieder ganz munter und fieberfrei war? War sie nicht auf dem Wege, so eine rechte, echte Glucke zu werden, die ihre Küchlein nur immerwährend schützen und hätscheln möchte?

Knut Rainer biß die Zähne zusammen, daß sie knirschten. War das seine Lies, auf die er immer so stolz gewesen? Weil sie anders war als die übrigen Frauen, die er kannte. Sollte sie jetzt solche Spießbürgerfrau werden, deren Tagesinteressen sich nur zwischen Milchflaschen und Windeln bewegten? Knut Rainer fühlte selbst, daß er jetzt ungerecht wurde. Aber er war zu wütend heute abend, es kochte alles in ihm. Fast hätte er seinen Jungen jetzt hassen können. Wozu kam der überhaupt in die Welt geschneit? Waren sie beide allein nicht glücklich gewesen? O, was hatte seine Lies nicht alles für Interessen gehabt! Für Geschichte, Kunst, Natur — ja gab es überhaupt irgend etwas, wofür Lies sich nicht interessierte? Und nun? Von nichts anderem war die Rede, als von dem Jungen. Wieviel er getrunken, wie lange er geschlafen und Gott weiß, was noch alles. Das hatte er sich einmal nicht gedacht. Schließlich war die Ehe doch auch noch dazu da, daß der Mann eine Gehilfin hatte und die Frau einen Gehilfen. Sonst hätte Gott lieber im Paradiese damals sagen können: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei, ich will ihm Kinder geben. Aber im Gegenteil, Gott hatte gesagt: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei, ich will ihm eine Gehilfin geben, die um ihn sei. Das war der Hauptpunkt: die um ihn sei. Warum die Frauen das nur immer ver[illegible]

Und nun auch Lies [illegible] sie sollte er von jetzt ab teilen mit dem Bengel, dem Ulli? Würde das nicht immer noch schlimmer werden, je älter der Junge würde? Je mehr er seine Mutter brauchte? Und wenn dann noch mehr kamen? Knut Rainer ballte die Fäuste in seinen Rocktaschen und starrte aufs Meer. In drei Tagen waren die Ferien zu Ende, dann gings wieder heim nach Königsberg. Ob Lies dann wieder vernünftiger wurde? Aber dann hatte er ja nicht mehr soviel Zeit für sie. Ach, die schönen, schönen Ferien! Wie hatte er sich darauf gefreut! Und nun?

Er würde froh sein, wenn sie erst wieder zu Ende wären. Ganz Nilmer war ihm jetzt verleidet. Er sah nicht die Schönheit der Mondnacht und der rollenden See.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aalen, 18. April. (Nächstes schwäbisches Sängerbundesfest.) Hier tagte am Sonntag die Bundesversammlung des Schwäbischen Sängerbundes, dem in über 1000 Bundesvereinen 45 000 Sänger angehören, um u. a. Beschluß zu fassen über die Abhaltung des nächsten allgemeinen Bundesliederfestes. Bekanntlich hatten sich die Städte Friedrichshafen und Ulm darum beworben. Es wurde beschlossen, nächstes Jahr kein Sängerfest abzuhalten und da 1928 das 10. Deutsche Sängerbundesfest stattfindet, erst 1929 wieder ein schwäbisches Sängerfest zu veranstalten, und zwar in Ulm.

Weil im Dorf, 18. April. (Im Zug gestorben.) Ein hier wohnhafter Herr Schöntal wurde im Zuge zwischen Korntal und Zuffenhausen vom Schlage gerührt und war sofort tot.

Vaihingen a. E., 19. April (Stadtschultheißenwahl.) Da die letztmalige Wahl des früheren, seines Amtes enthobenen Stadtschultheißen Häselin die Bestätigung der Regierung nicht erhalten hatte, mußte die Wahl am Sonntag wiederholt werden. Es ging ihr ein heißer Kampf voraus, aus dem Ratschreiber Linkenheil-Trossingen mit 1045 Stimmen als Sieger hervorging. Der frühere Stadtschultheiß Häselin bekam 609 Stimmen. Ein dritter ernsthafter Kandidat, Stadtfleger Wild-Winnenden war kurz zuvor zurückgetreten.

Heubach OA. Gmünd, 18. April. (Wahl.) Bei der am Sonntag stattgefundenen Schultheißenwahl haben von 1306 Wahlberechtigten 1147 abgestimmt. Es erhielten Stimmen: Obersekretär Siegle-Eßlingen 575, Obersekretär Trostel-Aalen 458, Schultheiß Scheyhing-Sersheim 80. Siegle ist somit gewählt.

Landesparteitag der Deutschen Volkspartei

Stuttgart, 18. April. Samstag nachmittag fand unter großer Beteiligung aus dem ganzen Lande der diesjährige Parteitag der Deutschen Volkspartei statt. Die Eröffnungsansprache hielt der Landesvorsitzende Reichstagsabgeordneter Bickes. Das erste Referat über **Fragen der Landespolitik** hielt sodann Landtagsabgeordneter Schultheiß Rath-Lustnau. Er besprach zunächst die neuerlichen Versuche der Opposition die derzeitige Regierungskoalition zu sprengen und stellte fest, daß die Differenzen innerhalb der Regierung bezüglich der Oberamtseinteilung tatsächlich ernster Natur sind. Aber trotzdem ist im Augenblick die Gefahr der Sprengung der Koalition nicht allzugroß, wenigstens dann nicht wenn der Bauernbund in der Frage der Oberamtseinteilung sich einigermaßen vernünftig einstellt und ferner, wenn der Bauernbund in der Frage der Gestaltung der Gebäudeentschuldungssteuer sich dem Regierungsantrag nähert. Die württembergische Deutsche Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß bei Neubildung der Regierung unter Ausscheidung der Rechten nicht viel zu gewinnen ist, und lehnt es ab, aus der Krankheit des Staatspräsidenten für sich politische Vorteile zu verschaffen, schon aus menschlichen Rücksichten. Der Redner kam dann auf Einzelfragen der Staatsvereinfachung zu sprechen und bezüglich es, daß in Württemberg 5 Ministerien beibehalten werden, glaubt aber, daß eine Personalunion zwischen Kult- und Wirtschaftsministerium wahrscheinlich ist, daß dem Landtag in der Verwaltungsreform gleichzeitig zwei Entwürfe, der des Innenministers und der des Staatspräsidenten vorgelegt werden. Die Neuregelung der Gebäudeentschuldungssteuer lehnt die Deutsche Volkspartei unbedingt ab. Zum Schluß stellte der Abg. Rath fest, daß die Deutsche Volkspartei als kleine Partei, zwar nicht in der Lage ist, in Württemberg den Gang der Politik entscheidend zu beeinflussen, aber bei der geringen Mehrheit der Regierungskoalition in vielen Fällen das Zünglein an der Wage bildet und daher ihre Zustimmung für die Regierung besonders wertvoll ist.

Das zweite Referat hielt Reichstagsabgeordneter Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich-Leipzig über **Aufwertung und Fürstenauseinandersetzung.** Er stellte die Forderungen der Deutschen Volkspartei in der Aufwertungsfrage und das in den Aufwertungsgesetzen Erreichte einander gegenüber und erklärte, daß die Deutschnationalen und die Völkischen ihre Forderung in dem Aufwertungskompromiß noch viel weniger erreicht hätten. Bei der Aufwertung handelt es sich nicht um Enteignung, sondern um eine Umstellung von der alten zur neuen Währung unter Berücksichtigung der Verarmung des Volkes. Trotz der Unbilligkeiten der Aufwertungsgesetze muß daran festgehalten werden, da die Wirtschaft endlich wissen muß, woran sie ist. Den Plan, die Aufwertungsfrage durch Volksentscheid regeln zu wollen, bezeichnete der Redner als hellen Blödsinn. Der Redner gab dann Auskunft über den Regierungsentwurf zur Frage der Fürstenauseinandersetzung. Der Volksentscheid der Sozialisten auf völlige Enteignung ist ein Brutalität sondergleichen und wird im Fall der Annahme zu einer vollständigen Staatskrise führen. Reichspräsident Hindenburg und die jetzige Regierung könnten das Gesetz nie unterzeichnen und müßten zurücktreten. Auch die süddeutschen Staaten würden sich weigern, das Gesetz durchzuführen. Die Folgen wären schwere Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd. Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, muß das Kompromiß der Regierungsparteien unbedingt angenommen werden.

Reichstagsabgeordneter Senator Beythien-Hannover behandelte in dem letzten Referat das Thema **„Der Reichstag und die Forderungen des selbständigen deutschen Mittelstandes"** und sprach vor allem von den inneren Werten der Stände des Mittelstandes, der keineswegs überholt ist, sondern sich wieder emporentwickeln wird, da sein Grund gut geblieben ist. Mit warmen Worten setzte sich der Redner besonders für das deutsche Handwerk ein. Es ist daher besondere Pflicht der Parlamente, den 15 Millionen Menschen umfassenden deutschen Mittelstand in jeder Weise zu fördern.

Die Reden wurden mit großem Beifall aufgenommen. Daran schloß sich eine eingehende Aussprache. In einer Resolution wurde der Reichs- und Landtagsfraktion und der Parteileitung Vertrauen und Dank ausgesprochen und dem Führer der Partei Dr. Stresemann unwandelbare Treue zugesichert.

Das Hauptreferat bei der öffentlichen Versammlung hielt Reichstagsabgeordneter Staatssekretär z. D. Freiherr von Rheinbaben über **„Deutschlands weltpolitische Lage nach Genf".** Er erinnerte eingangs an die Rede des damaligen Reichskanzlers Dr. Stresemann in Stuttgart im Jahre 1923, in der er eine Appell an Frankreich richtete. Von dieser Rede über die Liquidierung der Ruhrbesetzung bis Locarno geht eine ein. zige gerade Linie. Heute ist das Prinzip des freien Rheines rechtlich gelöst. Freilich in der Praxis sind wir noch nicht so weit. Bei der Völkerbundstagung in Genf bestand keine Ehrlichkeit gegenüber Deutschland. Wir verlangen nur die Erfüllung der feierlich an Deutschland gemachten Zusagen, um die wir zudem gar nicht gebeten hatten. Die anderen stellten die Forderung auf, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werden solle. Es ist Tatsache, daß die Großmächte in Genf auf das kleine Schweden einen ungeheuren Druck ausgeübt haben. Das brasilianische Veto, das alles verhinderte, hat eine neue Lage geschaffen. Aber diese Lösung ist immer noch besser, als irgend ein Austauschgeschäft, das eine zeitlang im Vordergrund stand. Deutschland will die Studienkommissio beschicken und die grundsätzliche Linie der deutschen Außenpolitik nicht ändern. Aber es behält jetzt doch seine freie Hand. Auch uns erscheint eine Reform des Völkerbundes an Haupt und Gliedern dringend wünschenswert. Alle Staaten müssen Gelegenheit erhalten, im Völkerbundsrat mitzusprechen. Das Hauptziel der andern, Polen als Gegengewicht gegen Deutschland in den Rat hineinzubringen, ist vorerst nicht erreicht. Für die Zukunft darf Deutschlands freiwillige Zustimmung dazu nicht erteilt werden, solange Polen sich in dieser Art grundsätzlich gegen Deutschland einstellt. Der Völkerbund ist ein Mittel und bietet die Möglichkeit, die deutschen Interessen vorwärts zu treiben. Im Vordergrund unserer Interessen stehen die Fragen am Rhein und im Osten. Die Pläne eines Pan-Europas sind Luft- und Wolkengebilde. Etwas anderes ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten Europas. Der Redner besprach dann noch die Frage der Abrüstungskonferenz, des Dawesplanes, der internationalen Verschuldung und bezeichnete die Forderungen nach einer einseitigen Rechts- oder Linksorientierung als Unsinn. Die Mittel der Außenpolitik sind heute andere. Der Redner schloß mit der Mahnung, alles zu tun, damit Deutschland in dem Ringen den Weg einschlägt, der am schnellsten den Tag der Freiheit herbeibringt. Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede trat stürmisch begrüßt Reichsaußenminister Dr. Stresemann an das Rednerpult und gedachte zunächst mit warmen Worten des durch Krankheiten verhinderten Seniors der Partei, Oberstudienrat Dr. Egelhaaf. Die Ausführungen selbst sind an anderer Stelle nachzulesen.

Hitler in Stuttgart

Stuttgart, 19. April. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Gau Württemberg veranstaltete zur Einleitung ihres ersten württembergischen Landesparteitages zwei große Massenversammlungen im Wulle- und Dinkelackersaale, in denen nach einem Vortrag Dr. Göbbels über „Deutscher Nationalsozialismus oder jüdischer Bolschewismus" auch der Führer der Bewegung Adolf Hitler sprach. Hitler, von stürmischen Hoch- und Heilrufen begrüßt, erinnerte zunächst daran, daß er gerade vor sechs Jahren zum erstenmal in Stuttgart gesprochen habe. Der Namenlose sei seitdem bekannt geworden und der lächerliche Verein **von damals sei immer mehr gewachsen.** Wenn er heute verfolgt **werde** und der deutschnationale Innenminister von Bayern und der sozialdemokratische Innenminister von Preußen ihm das Reden verbiete, so sei das ein unverdienter Lohn. Aber mit dieser Verfolgung werde der Partei der größte Dienst erwiesen. Wenn er als Freiwild gelte und als Ausländer verhöhnt werde, so verdankt er das seinem Glauben an seine Ideale. Die Bewegung muß diese Unterdrückung ertragen können, denn sonst ist sie nicht dazu bestimmt, eine bessere Zeit heraufzuführen. Hitler sah in der schweren Not unseres Volkes die Zuchtrute des Schicksals genau so wie in den Verfolgungen seiner Partei. Der Weg seiner Bewegung sei ein dornenvoller, werde aber zum Ziele führen und den Sieg erringen. Mit besondere Genugtuung stellte Hitler fest, daß in Stuttgart die Bewegung schon sehr starke Wurzeln gefaßt hat. In weiteren Reden wurde gegen die brutale Vergewaltigung der Partei protestiert und erklärt, daß die Nationalsozialisten nicht ruhen werden, bis Hitler, der Führer des deutschen Volkes geworden sei. Nach Schluß war Hitler Gegenstand lebhaftester Ovationen.

Gerichtssaal

Die Firma Gänswein

Konstanz, 17. April. Vor dem Schöffengericht wurde zwei Tage lang gegen die Firma Gänswein G.m.b.H. verhandelt, richtiger gesagt kam der Fall dieser Firma zur Erledigung. Der 35 Jahre alte frühere Flaschenreiniger Gänswein, der 26jährige Kaufmann Walther Gebhard und ein gewisser Christian Denzel waren wegen Untreue, Betruges und Betrugsversuches angeklagt. Gänswein hatte 1913 ein Liegenschafts- und Inkassogeschäft errichtet, 1923 wurde daraus eine Aktiengesellschaft, er selbst Direktor, die beiden anderen Angeklagten seine Angestellten. Großzügige Reklame wurde getrieben. Selbstverständlich war man auch mit einer amerikanischen Firma liiert. Der Zweck des Unternehmens war die Vermittelung von Darleben, oder sollte es wenigstens sein. Zahlreiche Geschäftsleute, die sich dem Institut anvertraut hatten, wurden recht erheblich geschädigt. Gänswein erhielt 5 Monate Gefängnis, Gebhard 2 Monate und Denzel 1 Monat Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet. Die restlichen Teile der Strafen wurden in Geldstrafen umgewandelt. Für Gänswein wird vermutlich Bewährungsfrist ausgesprochen werden.

Kutisker wieder vor Gericht

Berlin, 19. April. Am 5. Verhandlungstag im Kutiskerprozeß ist Iwan Kutisker wieder erschienen. Er sieht sehr leidend aus und nimmt zwischen drei Aerzten am Zeugentische Platz, auf dem Medikamente aufgebaut sind. Der Vorsitzende fragte Kutisker, ob er heute verhandlungsfähig sei. Kutisker erwiderte: „Ich werde erst sehen". Auf Wunsch des Angeklagten sollen die Verhandlungen von jetzt an etwas früher beginnen, weil er sich in den ersten Morgenstunden frischer fühlt. Zur Verhandlung kommt die Geschäftsverbindung Kutiskers mit Blau. Kutisker hatte mit Blau gemeinsam am Anfang des Jahres 1923 in der Jägerstraße in Berlin die Blau-G. m. b. H. mit einem Kapital von 500 Millionen Mark gegründet. In den Verhandlungen entspann sich eine umfangreiche Erörterung der Wechselgeschäfte Kutiskers. Der Angeklagte erlitt hierbei einen Schwächeanfall, sodaß die Verhandlung unterbrochen werden mußte. Nach der Pause erklärte Kutisker, daß ihm die vielen Fabriken, die nichts einbrächten, trotz seines heftigen Widerstandes aufgedrängt worden seien. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß Kutiskers Sohn Max mit 18 Jahren schon zum Direktor gemacht wurde. Er fuhr hauptsächlich mit dem Auto herum und habe sonst nichts getan, bloß Wechsel unterschrieben. Kutisker gibt das zu. Er hatte sich aber nie für eine Sache bereit gefunden, die ihm unkorrekt erschienen wäre. Der Zeuge Baran, ein Verwalter von Kutisker, gab darauf an, daß die Söhne von Kutisker, obwohl sie Prokuristen und Direktoren waren, nicht ernst genommen wurden. Wenn etwas Wichtiges zu erledigen war, wurden sie aus dem Zimmer geschickt.

Handel und Verkehr.

Börsen

Berliner Börse vom 19. April. Da der im Kongreß zur Beratung stehende bekannte Gesetzentwurf nach den vorliegenden Nachrichten aus Amerika stark gefährdet erscheint, reagierte die Börse und die Spekulation mit starken Rückgängen, die besonders bei den betroffenen Werten zu beobachten waren. Von Schiffahrtsaktien stellten sich Paketfahrt um 11 und Norddeutscher Lloyd zeitweise um 14 Prozent, die anderen Schiffahrtsaktien um 6—7 Prozent niedriger. Am Rentenmarkte reagierte Kriegsanleihe stärker auf den Umschwung und auch die übrigen Vorkriegsanleihen der Länder waren meist etwas niedriger. Wenig veränderten sich wertbeständige Anleihen, wie landschaftliche und Hypothekengroßpfandbriefe, sowie Roggenpfandbriefe. Vorkriegshypothekenpfandbriefe gaben 20—30 ℳ nach. Der Privatdiskont wurde auf 4¾ Prozent Prozent für beide Sichten ermäßigt. Am Devisenmarkt stellten sich Brüssel und Paris um 12—14 ℳ höher.

Stuttgarter Börse vom 19. April. Infolge der ungünstigen Nachrichten aus Amerika wegen der Freigabe des deutschen Eigentums eröffnete die Börse heute in unfreundlicher Haltung. Die Spekulation hatte das Bestreben, sich glattzustellen, wodurch die Kurse fast durchweg gedrückt wurden. Die Kursabschwächungen blieben zwar noch in engem Rahmen.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 19. April. Weizen märk. 293—295; Roggen märk. 177—182; Sommergerste 200—218; Wintergerste 175 bis 193; Hafer märk. 195—205; Weizenmehl 36.25—40.50; Roggenmehl 26 bis 27.50; Weizenkleie 11.25, Roggenkleie 12—12.10; Viktoriaerbsen 82—89; kl. Speiseerbsen 27.50—30; Futtererbsen 23—27; Tendenz: fest.

Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 19. April. Amtl. Weizen 29 bis 30; Dinkel 25—29; Gerste 18.50—22; Roggen 19—20; Hafer 17 bis 19.50; Weizenmehl 44—45; Brotmehl 34—35; Kleie 10—10.50; Wiesenheu, Kleeheu und Stroh unverändert.

Mannheimer Produktenbörse vom 19. April. Infolge der erhöhten Auslandsforderungen verkehrte der Markt in sehr fester Haltung. Die Käufer sind aber bei den stark erhöhten Forderungen zurückhaltend. Nachfrage besteht hauptsächlich nach hinten und in den Seehäfen fälligen Partien. Inl. Weizen ist kaum mehr angeboten, die Nachfrage nach Mehl sehr gut. Man nannte in nicht offiziellem Verkehr gegen 12.30 Uhr: Weizen inl. ohne Angebot, ausl. 30.50—34. Roggen inl. 20.25—20.50, ausl. ohne Angebot. Hafer inl. 20.75—21.75, ausl. 19.75 bis 24. Braugerste 22.50—26. Futtergerste 17.25—17.75. Mais mit Sack 19. Weizenmehl Basis 0 42.50—43. Brotmehl 27—33. Roggenmehl 29 bis 31. Kleie 10.50—10.25. Viertreber mit Sack 15.50—15.75, alles per 100 Kilo waggonfrei Mannheim.

Märkte

Stuttgarter Pferdemarkt vom 19. April. Das Geschäft auf dem Canstatter Wasen war bei guter Zufuhr zu Beginn des Marktes recht flau. Die Zufuhr dürfte etwa 1000 Stück betragen haben; doch lag bis Mittag noch kein Zahlungsergebnis vor, da immer noch zugeführt wurde. Gegen Mittag schien sich das Geschäft lebhafter zu gestalten. Die Preise sind seit dem letzten Markt zurückgegangen und betrugen für leichtere Pferde 300—800 ℳ, für mittlere etwa 1000 ℳ, für schwere bis zu 3000 ℳ. Bei der Zufuhr überwogen schwere Zugpferde.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 19. April. Zufuhren: 234 Ochsen, 80 Bullen, 706 Kühe, 732 Kälber, 32 Schafe, 1920 Schweine. Preise: Ochsen 38—57; Bullen 34—50; Kühe 14—48; Färsen und Kühe 42—58; Kälber 48—54; Schafe 40—44; Schweine 56—74; Verlauf: mit Großvieh ruhig, langsam geräumt, mit Kälbern mittelmäßig, geräumt, mit Schweinen ruhig, langsam geräumt.

Schweinepreise. Bestadtem: Milchschweine 30—38, Läufer 56 bis 70 ℳ. — Crailsheim: Läufer 46—70, Milchschweine 35—46 ℳ. — Giengen a. Br.: Milchschweine 32—42, Läufer 50—61 ℳ. — Hall: Milchschweine 35—50 ℳ. — Jsbhofen: Milchschweine 37 bis 52 ℳ. — Künzelsau: Milchschweine 35—50 ℳ.

Letzte Nachrichten.

Rückkehr Luthers und Reinholds nach Berlin

München, 19. April. Mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug 11.05 Uhr traten Reichskanzler Dr. Luther, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. Preger, die Rückreise nach Berlin an.

Die deutsch-russischen Verhandlungen

Berlin, 20. April. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat der Reichstagsabgeordnete Müller im Auftrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei dem Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses, Hergt, die Einberufung des Ausschusses zwecks Erörterung des deutsch-russischen Vertrages beantragt. Der Abschluß der Verhandlungen über den Vertrag wird, dem „Berliner Lokalanzeiger" zufolge, noch für diese Woche erwartet.

Großfeuer in Charlottenburg — 15 Löschzüge eingesetzt

Berlin, 20. April. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" brach gestern abend kurz vor 9 Uhr in einem großen Schuppen am Salzufer in Charlottenburg **ein Feuer von ungeheurer Ausdehnung aus.** In den oberen Räumen des Schuppens befindet sich eine Dekorationsfirma, die die Kulissen für den Zirkus Busch herstellt. Im Mittelgeschoß liegen die Räume einer großen Karosseriefabrik. In den Kellerräumen sind auf der einen Seite 30, auf der anderen Seite 70 Autoboxen, in denen neben zahlreichen Autos auch eine Reihe von Wagen von historischem Werte standen. Im ganzen waren an den Löscharbeiten 15 Züge der Feuerwehr beteiligt, die mit ihren 50 Wagen die ganzen umliegenden Straßen besetzt hielten. Von den Dekorationen war nichts zu retten. Auch die Räume der Karosseriefabrik **brannten fast vollständig aus.** Den ungeheuren Anstrengungen der Feuerwehr gelang es jedoch, die Benzintanks und Autos vor dem Feuer zu bewahren.

Flugzeuge verproviantieren Schutzhütten

Berlin, 20. April. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus Innsbruck meldet, ist der erste Versuch des Aerolloyd, die Schutzhütten mit Hilfe von Flugzeugen zu verproviantieren, gelungen. Ein Apparat warf 50 Kg. Gefrierfleisch für das Alpenhaus Kuehtai in den Oetztaler Bergen ab, wobei das Flugzeug bis auf 15 Meter Höhe über die Hütte niederging.

Der Papst und das Vorgehen der mexikanischen Regierung

Rom, 20. April. „Osservatore Romano" veröffentlicht ein päpstliches Schreiben an die Erzbischöfe und Bischöfe Mexikos, worin es der Papst beklagt, daß die mexikanische Regierung entgegen ihren Zusicherungen die Gelegenheit einer Erholungsreise des päpstlichen Nuntius dazu benutzt habe, um ihn nicht wieder ins Land zu lassen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachungen.

Reichsgesundheits-Woche.

Die wirtschaftliche Not eines Volkes hat stets einen Niederzang der Volksgesundheit im Gefolge. Aber nicht immer ist es die unmittelbare Wirkung der Verarmung, die zur Vernachlässigung der Gesundheit führt, öfter noch fehlt es am guten Willen, oft genug auch am richtigen Wissen. Das Ziel der Reichsgesundheitswoche ist, in ganz Deutschland die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der allgemeinen Gesundheitspflege hinzulenken, die gesundheitliche Aufklärung auf wissenschaftlicher Grundlage zu vertiefen und das persönliche Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen gegenüber seinen gesundheitlichen Pflichten zu stärken

Auch im Oberamt Nagold ist eine Reihe von Vorträgen vorgesehen, die sich allerdings aus praktischen Gründen nicht streng an den zeitlichen Rahmen der Reichsgesundheitswoche halten werden. **Am Freitag, den 23. April, 8 Uhr abends** wird Oberamtsarzt Herr Dr. Huwald **im Rathaussaal in Nagold „über den Kropf und seine Bekämpfung"** sprechen. (Eintritt frei). Weitere Vorträge über Gesundheitswesen werden gehalten in Altensteig von Dr. Richard Vogel, in Haiterbach von Dr. Wagner und in Ebhausen von Dr. Sigel. Die Zeit der letztgenannten Vorträge wird noch bekannt gegeben. In der Woche nach der Reichsgesundheitswoche werden in Nagold voraussichtlich sprechen Regierungsmedizinalrat Dr. Härle über **Tuberkulose** und Dr. Stähle über **Sportshygiene**; in Wildberg am Ende der Woche Dr. Besenmayer aus Wildberg über **Lungentuberkulose.**

Nagold/Freudenstadt, 19. April 1926.

Oberamtmann: Baitinger. **Oberamtsarzt:** Dr. Huwald.

Allgem. Orts- (Bezirks-) Krankenkasse Nagold.

Bekanntmachung.

1. Die Versicherten und Familienangehörigen haben bei der erstmaligen Inanspruchnahme des Arztes diesem einen Berechtigungsausweis zu übergeben. Geschieht dies nicht spätestens innerhalb 5 Tagen, so werden die Kosten von der Kasse nicht bezahlt.
2. Bei jedem Quartalswechsel (1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober) ist ein neuer Berechtigungsausweis dem Arzt vorzulegen. Geschieht dies nicht spätestens innerhalb 14 Tagen, so werden die Kosten von der Kasse nicht mehr bezahlt.
3. Gehfähige Kranke dürfen den Arzt nicht in die Wohnung kommen lassen.
4. Die Inanspruchnahme des Arztes außerhalb der Sprechstunde, an Sonn- und Feiertagen und Nachts nur in dringenden Fällen.
5. Arztwechsel während desselben Krankheitsfalles nur mit vorheriger Genehmigung der Kassenverwaltung zulässig.
6. Aufnahme in ein Krankenhaus oder eine Klinik nur mit vorheriger Genehmigung der Kassenverwaltung gestattet. In Notfällen ist spätestens am andern Tage nachträgliche Genehmigung einzuholen.
7. Zur Beschaffung von Brillen, Bruchbändern, Plattfußeinlagen usw. ist die vorherige Genehmigung der Kassenverwaltung erforderlich.

Nagold, den 19. April 1926.

Die Kassenverwaltung.

Statt jeder besonderen Einladung!

Durrweiler-Gründal.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung erlauben wir uns Verwandte, Freunde und Bekannte

auf **Donnerstag, den 22. April 1926, in das Gasthaus zum Hirsch in Durrweiler** freundlichst einzuladen

Friedrich Lenk
Sohn des Andreas Lenk, Schultheißen,

und seine Braut

Maria Lenk
Tochter des Johs. Lenk, Altsonnenwirts.

Kirchgang 1/2 2 Uhr.

Nagold.

Preis-abschlag!

Deutsche und spanische

Naturweine

1/4 Liter von 30 Pfg. ab

Franz Kurlenbauer
Gasthof zum Löwen
Nagold. Telefon 91.

Altensteig.
Habe zirka 20—25 Ztr.

Klee- und Ackerheu

zu verkaufen

Schilling sen.

Altensteig.

Dung

kann abgeben und kann evtl. auf den Platz führen

Fr. Schaible.

Einen willigen, jüngeren

Knecht

welcher sich sämtlichen Arbeiten unterzieht, sucht

J. Stoll, „zum Anker"
Simmersfeld.

Spiegel
in großer Auswahl
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhdlg.

Bestellungen
auf nächster Tage eintreffenden feinsten

20%igen Stangenkäse

in Kistchen von 40—50 Pfd.
nimmt zu billigsten Preisen entgegen
Wilhelm Hammann, Zwerenberg.

Reklame

ist dem Geschäft was der Dampf für die Maschine ist,

die große bewegende Kraft!

Frühjahrs- u. Sommer-Mäntel für Damen

farbig . . . . von Mk. 14.— an
schwarz Alpacca von Mk. 24.— an

bei **Reinhold Hayer**
Altensteig.

Ettmannsweiler.

Haus- und Liegenschaftsverkauf

Am Samstag, den 24. April 1926, nachmittags 2 Uhr verkauft Anna Schönhardt Witwe auf dem Rathaus ihr **einstockiges**

Wohn- und Oekonomie-Gebäude
nebst 7 ar 14 qm Gras- und Baum-Garten

beim Haus, aus freier Hand. Es findet voraussichtlich nur ein Verkauf statt.

Im Auftrag:
Ratschreiber Kübler.

Roh Baumwolltuch
80 cm breit, Meter 0.38, 0.50 usw.

gebleicht Baumwolltuch
80 cm breit, Meter 0.58, 0.75 usw.

bei **Reinhold Hayer**
Altensteig.

Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** für die Zehen und **Lebewohl-Ballenscheiben** für die Fußsohle, Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., **Lebewohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei:

F. Schlumberger, Schwarzwald-Drogerie Altensteig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw